

Einwanderungsland Deutschland gestalten



Bundestagswahl 2017

Forderungen des Forums der
Migrantinnen und Migranten
und Positionen der Parteien

Inhalt

Einleitung	1
Zuwanderung nach Deutschland für Menschen mit einem beruflichen Abschluss erleichtern	3
Geflüchtete Menschen fördern	7
Einbürgerung erleichtern	12
Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger einführen	14
Integrationsprogramme des Bundes verbessern	16
Aufstockung der Mittel für die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Diskriminierung	22
Migrantenorganisationen beteiligen	26
Impressum	31

Einleitung

Liebe Kollegen und Kolleginnen,

Deutschland ist zweifellos ein Einwanderungsland, diese gesellschaftliche Realität kann nicht geleugnet werden. Es geht dabei nicht nur um die Anerkennung der faktischen Zuwanderung – mittlerweile hat ein Viertel der Bevölkerung einen sogenannten Migrationshintergrund –, sondern auch um die Anerkennung einer vielfältigen Gesellschaft. Vielfalt und nicht die Homogenität prägen das Leben hierzulande. Diese Anerkennung bedeutet, dass die vorhandenen Strukturen der Gesellschaft sich an dieser Realität orientieren müssen; wir sehen die Notwendigkeit der interkulturellen Öffnung aller Strukturen in der Gesellschaft.

In einer Zeit geprägt von Populismus und einer latenten Unruhe in der Gesellschaft, welche sich manchmal auch in rassistischen Tendenzen auslädt, ist eine verantwortungsvolle Ausgestaltung der Integrations- und Teilhabepolitik wichtiger denn je. In den letzten Jahren ist eine große Anzahl von schutzsuchenden Menschen zu uns gekommen, nun geht es jetzt darum, diesen Personen einen Platz in der Gesellschaft zu sichern. Zum anderen haben wir immer noch zahlreiche „Langzeitbaustellen“, wie z.B. die Verbesserung der Bildungsbeteiligung von Kindern und Jugendlichen aus Familien mit Migrations-

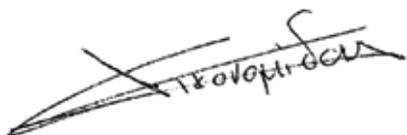
hintergrund zu beseitigen. Mehrere politische Maßnahmen wurden in die richtige Richtung umgesetzt, wie z. B. die Öffnung des Arbeitsmarktes für einige Gruppen und die Vereinfachung des Optionspflichtverfahrens. Dennoch bestehen weitere Herausforderungen für die Zukunft Deutschlands.

Es stellt sich die Frage, wie sich die Parteien mit diesen Herausforderungen nach der Bundestagswahl auseinandersetzen werden. Wie positionieren sie sich zum Beispiel zu der Förderung von den schutzsuchenden Menschen oder der Einführung des kommunalen Wahlrechts für Drittstaatsangehörige? Wie sehen Lösungsansätze für die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit aus? Zu diesen und anderen Fragen haben fünf Parteien auf Einladung des Forums der Migrantinnen und Migranten im Paritätischen Stellung genommen. Ausgangspunkt für die Anfrage ist das Positionspapier des Forums für die Bundestagswahl 2017, das bei einer Versammlung des Forums in April 2017 verabschiedet wurde. Diese Broschüre soll Ihnen als Wahlorientierung helfen. Wir laden alle Wahlberechtigte unter Ihnen ein, wählen zu gehen. Partizipation ist ein Recht, was ausgeübt werden muss!

Im Folgenden finden Sie die Positionierungen der Parteien zu den einzelnen Themenbereichen.

Unter den schlagwortartig genannten Diskussionsthemen finden Sie zunächst die Position des Forums und danach die Stellungnahmen der einzelnen Parteien.

Mit freundlichen Grüßen



Maria Okonomidou
Sprecherin des Forums der
Migrantinnen und Migranten
im Paritätischen (FdM)



Kenan Küçük
Sprecher des Forums der
Migrantinnen und Migranten
im Paritätischen (FdM)

Das Forum fordert: Zuwanderung nach Deutschland für Menschen mit einem beruflichen Abschluss erleichtern

Bei der Diskussion um ein Einwanderungsgesetz handelt es sich vorrangig um die Ausgestaltung der Erwerbsmigration nach Deutschland. Wir sehen in diesem Bereich vor allem in Bezug auf die Einwanderungsregelung für Menschen mit einem beruflichen Abschluss Handlungsbedarf. Das bestehende Vorrangprüfungsverfahren, die sogenannten Positivliste stellen faktisch eine fast unüberwindbare Hürde für diese Gruppe dar. Diese Regelung muss reformiert werden, damit parallel zu der Öffnung für Hochqualifizierte, Menschen mit einer beruflichen Qualifizierung bessere Chancen zur Einwanderung bekommen. Ob dies im Rahmen eines Punktesystems oder mit einer Änderung der bestehenden Regelungen erfolgt, sehen wir als nachrangig an.

Bündnis90/Die GRÜNEN:

Deutschland ist langfristig auf Einwanderung angewiesen. Doch die aktuellen Regelungen sind viel zu kompliziert, unübersichtlich und erschweren Einwanderung. Mit dem grünen Einwanderungsgesetz werden wir zum einen die Möglichkeiten zur arbeitsplatzgebundenen Einwanderung liberalisieren und entbürokratisieren. Zudem werden wir eine „Talentkarte“ einführen, mit der gut qualifizierte Fachkräfte sich binnen eines Jahres in Deutschland einen Job suchen können. Wir werden dafür sorgen, dass ausländische Bildungs- und Berufsabschlüsse schneller und großzügiger anerkannt werden – und dass ein verlässliches Bleiberecht während und nach der Ausbildung gewährleistet wird. Wir wollen aber auch erreichen, dass Menschen einfacher als bisher in Deutschland studieren oder sich hier beruflich qualifizieren können. Und wir schlagen vor, dass ausländische Studierende und Auszubildende sowie Asylsuchende und Geduldete – wenn sie die Voraussetzungen des Arbeitsmigrationsrechts erfüllen – leichter ihren Aufenthaltsrechtlichen Status wechseln können („Spurwechsel“). Und schließlich werden wir das Einwanderungsrecht developmentspolitisch nachhaltig ausgestalten, u. a. um das developmentspolitische Engagement von MigrantInnen für ihr jeweiliges Herkunftsland besser zu fördern.

CDU/CSU

Den Fachkräftezugang nach Deutschland haben wir in den vergangenen Jahren bereits erheblich verbessert und vereinfacht. Für Mangelberufe auf der Positivliste der Bundesagentur für Arbeit wird schon heute keine Vorrangprüfung durchgeführt. Der Bedarf an Fachkräften wird in den nächsten Jahren weiter steigen – aufgrund unserer guten wirtschaftlichen Entwicklung und wegen der rückläufigen Zahl junger Menschen, die neu ins Erwerbsleben eintreten. Ausreichend Fachkräfte, die dem Arbeitsmarkt in den verschiedenen Bereichen zur Verfügung stehen, ziehen ihrerseits die Schaffung weiterer Arbeitsplätze nach sich. Deshalb braucht Deutschland ein Regelwerk zur Steuerung von Einwanderung in den Arbeitsmarkt, das sich am Bedarf unserer Volkswirtschaft orientiert. Ein solches „Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz“ wird die bereits bestehenden Regelungen zusammenfassen und, wo nötig, effizienter gestalten. Voraussetzung sind der Nachweis eines konkreten Arbeitsplatzes und die Sicherung des Lebensunterhalts. Eine Einwanderung in die sozialen Sicherungssysteme lehnen wir ab. Mit einer klug gesteuerten und begrenzten Einwanderungspolitik für Fachkräfte unterstützen wir die Schaffung von Arbeitsplätzen in Deutschland und verringern spürbar die Attraktivität von illegaler Einwanderung und Migration.

FDP

Wir Freie Demokraten wollen ein geordnetes Einwanderungsrecht schaffen. Dabei muss zwischen individuell politisch Verfolgten, Kriegsflüchtlingen und dauerhaften Einwanderern klar unterschieden werden. Dazu gehört auch, die Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse zu beschleunigen. Denn ein schneller Zugang zum Arbeitsmarkt ist doppelt wichtig: Er ist ein Grundpfeiler für eine gelungene Integration und führt dem deutschen Arbeitsmarkt dringend benötigte Fachkräfte zu. Wer als Flüchtling in Deutschland anerkannt ist oder über die gesteuerte Fachkräfte-Einwanderung nach Deutschland kommen möchte, soll daher schnell erfahren, was sein Abschluss hierzulande zählt. Bei der Anerkennung vergeht aber immer noch zu viel Zeit, weil es sehr viele Einzelvorschriften und unterschiedliche Zuständigkeiten von Bund und Ländern gibt. Das wollen wir ändern, indem wir unter anderem durch mehr Personal die Verwaltungspraxis beschleunigen und die bundesweite Vergleichbarkeit von ausländischen Abschlüssen sicherstellen. Zudem sollen Eingewanderte und potenzielle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber einen Rechtsanspruch auf vorherige Beratung erhalten, sodass ihnen der Weg zur Anerkennung ihres Abschlusses konkret aufgezeigt wird. Gerade jene Flüchtlinge, die über eine dauerhafte Bleibeperspektive verfügen, müssen auch schnelleren Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Arbeitsverbote und andere Markteintrittsbarrieren wie Vorrangsprüfungen für Deutsche sind daher aufzuheben. Außerdem wollen wir für Flüchtlinge eine Ausnahme vom gesetzlichen Mindestlohn, wie für Langzeitarbeitslose, einführen.

DIE LINKE

will die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse vereinfachen. Asylsuchende und Geduldete in Ausbildung brauchen eine Aufenthaltserlaubnis für die gesamte Dauer der Berufsausbildung. Die Vorrangprüfung bei der Beschäftigung von Asylsuchenden und Geduldeten wollen wir abschaffen und bestehende Arbeitsverbote aufheben. Im Ausland erworbene Qualifikationen sollen unbürokratisch anerkannt werden und ergänzende Qualifizierungen bei Bedarf angeboten werden. Gerade am Arbeitsmarkt werden Geflüchtete, Migrantinnen und Migranten ausgegrenzt. Wir wenden uns gegen Ausnahmen im Mindestlohn und wollen Asylbewerber und Geflüchtete schnell, aber fair in den Arbeitsmarkt integrieren.

SPD

Für Menschen, die bei uns in erster Linie Arbeit suchen, ist das Asylsystem der falsche Weg. Mit einem Einwanderungsgesetz regeln wir transparent und verständlich, wer aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland einwandern darf. Die Einwanderung qualifizierter Fachkräfte richtet sich nach den Interessen unseres Landes. Der Fachkräftemangel gefährdet unsere Wirtschaftskraft, unsere sozialen Sicherungssysteme und damit letztendlich auch unseren Wohlstand. Wir wollen deshalb ein Einwanderungsgesetz schaffen, mit dem wir den Zuzug qualifizierter Arbeitskräfte nach Deutschland besser steuern können. Es ist wichtig, im weltweiten Wettbewerb um die klügsten und innovativsten Köpfe an der Spitze zu stehen.

Wir wollen ein flexibles und an der Nachfrage nach Fachkräften orientiertes Punktesystem nach kanadischem Modell einführen. Dabei werden Kriterien wie berufliche Abschlüsse, Berufserfahrung, Sprachkenntnisse, Alter und Integrationsfähigkeit berücksichtigt. Wer ausreichend fachliche Qualifikationen und ein Jobangebot hat, kann nach Deutschland einwandern.

Dabei werden wir durch geeignete Maßnahmen die Chancengleichheit von Männern und Frauen sicherstellen. Wie viele qualifizierte Fachkräfte pro Jahr über das Punktesystem in unser Land kommen können, soll flexibel über eine Quote gesteuert werden. Die Quote orientiert sich an der Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Sie wird jedes Jahr von einer unabhängigen Expertenkommission festgelegt. Sowohl für potenzielle Einwanderinnen und Einwanderer als auch für die Bürgerinnen und Bürger wird so transparent dargestellt, wie Erwerbsmigration in Deutschland geregelt ist.

Die Frage nach einem Einwanderungsgesetz und der Erwerbsmigration ist vom Grundrecht auf Asyl zu trennen. In dieser Legislaturperiode haben wir aber auch für Asylsuchende Menschen schon viel auf den Weg gebracht. So haben wir den rechtlichen Rahmen mehrfach angepasst, um Asylbewerberinnen und -bewerber und Geduldeten den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern und Bürokratie abzubauen. Ebenso haben wir den Zugang zu Ausbildungsförderinstrumenten für Geflüchtete erheblich erleichtert und für Asylsuchende mit guter Bleibeperspektive im Verfahren einen Zugang geschaffen.

Die tatsächliche Aufnahme der Beschäftigung ist in der Vergangenheit oftmals an der Vorrangprüfung gescheitert. Wir haben den Ländern deshalb die Möglichkeit gegeben, die Vorrangprüfung auszusetzen. Hiervon wurde großflächig Gebrauch gemacht. Zudem haben wir zusätzliche Mittel für Eingliederung und Verwaltung ebenso bereitgestellt wie ausreichende und gut qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jobcentern. Damit wurde nach der schwarz-gelben Kürzungspolitik eine Trendwende bei der Ausstattung des Eingliederungstitels erreicht.

Das Forum fordert: Geflüchtete Menschen fördern

In den letzten zwei Jahren sind viele schutzsuchende Menschen zu uns gekommen. Diese Tatsache hat die gesamte Gesellschaft vor große Herausforderungen gestellt. Nach der Unterbringung und der Schaffung von Angeboten in allen möglichen Bereichen geht es nun vorrangig um die Integration dieser Menschen in den Arbeitsmarkt. Es bedarf aber auch einer konzertierten Strategie für die Gestaltung des Zusammenlebens in Deutschland. Wir fordern den Ausbau der interkulturellen Öffnung aller bestehenden Angebote und Dienstleistungen, sowie den Entwurf eines Leitbildes für die Einwanderungsgesellschaft, welcher auch mit den Organisationen der Migrantinnen und Migranten, den geflüchteten Menschen und anderen wichtigen Akteuren zusammen gestaltet wird.

Wir fordern darüber hinaus die Aussetzung der Abkommen mit Drittländern, die nur auf die Kontrolle der Fluchtbewegungen, und eine Verlagerung des Flüchtlingsschutzes abzielen. Genauso fordern wir einen Stopp der Abschiebungen nach Afghanistan, da das Land offensichtlich kein sicherer Ort für die Menschen ist. Zuletzt darf die Aussetzung des Rechtes auf Familiennachzug für die subsidiär Geschützten unter keinen Umständen über 2018 verlängert werden.

Bündnis90/ Die GRÜNEN

Integration beginnt am Tag des Ankommens. Wer Teil dieser Gesellschaft werden soll, braucht Rechte und Zugänge. Wer Teil dieser Gesellschaft sein will, braucht Sprache und Motivation. Grüne Politik fördert Teilhabe, unterstützt die Ankommenden und die hier Lebenden. Die Grüne Partei ist die Integrationspartei. Wir sorgen für ein gutes und friedliches Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft. Integration geht nur mit Grundgesetz – das sind unsere Rechte und unsere Regeln. Wer hier glücklich werden will, muss unser Grundgesetz und seine Grundwerte anerkennen. Migrationspartnerschaften mit diktatorischen Regimen, Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete wie Afghanistan und die Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Geschützten lehnen wir ab. Statt auf Abschottung und Abschiebungen setzen wir auf Integration. Dazu gehört das Zusammenleben mit der Familie und der Schutz vor Rückkehr in menschenunwürdige Lebensumstände.

CDU/CSU

In den vergangenen Jahren hat Deutschland viele Menschen aus unterschiedlichen Ländern und Kulturkreisen aufgenommen. Wir wollen, dass diejenigen, die dauerhaft oder für einige Jahre in Deutschland leben, sich in unsere Gesellschaft integrieren und Teil von ihr werden. Dazu streben wir den Abschluss von verbindlichen Integrationsvereinbarungen an. Dabei folgen wir dem Ansatz des Forderns und Förderns.

Mit dem Integrationsgesetz von 2016 haben wir dafür die Voraussetzungen geschaffen. Wir haben die Sprach- und Integrationskurse ausgeweitet und Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt verbessert. Durch ein regelmäßiges Integrations-Monitoring wollen wir den Erfolg unserer Bemühungen überprüfen und Fehlentwicklungen frühzeitig korrigieren. Dies ist im Interesse aller Beteiligten.

Darüber hinaus ist jedes Land angewiesen auf ein einigendes Band in Form von innerem Zusammenhalt und Identität. Dies ist unsere freiheitliche Leitkultur, die wir bewahren und stärken: Für die Gegenwart und für die Zukunft. Die Leitkultur ist eine ungeschriebene Voraussetzung für ein gutes Zusammenleben in Deutschland. Das, was unser Land ausmacht, wollen wir mit allen gemeinsam mit Leben füllen – vor allem mit den jungen Menschen, denn sie sind unsere Zukunft.

Europa muss Abkommen nach dem Vorbild des EU-Türkei-Abkommens auch mit anderen Ländern in der Region und im nördlichen Afrika schließen. Wir müssen verhindern, dass tausende Flüchtlinge von gewissenlosen Schleppern durch halb Afrika geschleust werden, um dann auf dem Mittelmeer elend zu ertrinken.

Grundsätzlich gilt, dass Flüchtlinge einen Anspruch auf den Nachzug ihrer Kernfamilie haben. Bei denen, die lediglich subsidiären Schutz erhalten, wird nach einem Jahr geprüft, ob die Bedrohung im Herkunftsland fortbesteht. Möglicherweise müssen einige Menschen daher in absehbarer Zeit unser Land wieder verlassen. Wir haben deshalb den Nachzug bis März 2018 ausgesetzt.

FDP

Von den vielen Menschen, die jetzt nach Deutschland kommen, wird ein Teil Asyl erhalten, ein weiterer Teil aus humanitären Gründen über Jahre bei uns bleiben. Das stellt insbesondere die Kommunen und Landkreise vor große Herausforderungen. Für Flüchtlinge mit Aufenthaltsrecht oder Bleibeperspektive ist nicht nur anzustreben, dass sie in die Lage versetzt werden, sich wirtschaftlich eigenständig versorgen zu können, sondern vor allem auch, dass sie die Chance bekommen, sich bestmöglich in unsere Gesellschaft zu integrieren. Beide Ziele sind nur mit einer Bildungsinitiative zu erreichen. Hier ist der Bund gefordert, die Finanzierung vollständig zu übernehmen.

Deshalb fordern wir Freie Demokraten, dass der Bildungsstand der Flüchtlinge schon in den Erstaufnahmestellen erhoben wird: Flüchtlinge und ihre (möglicherweise nur ehrenamtlichen) Betreuer sollten so rasch wie möglich Informationen erhalten, welche Schritte zur förmlichen Anerkennung des Bildungsstands bei welchen Behörden unternommen werden können – sowohl hinsichtlich der Schulbildung als auch einer eventuell schon vorhandenen oder begonnenen beruflichen oder akademischen Ausbildung. Die Verfahren dürfen nicht davon abhängig gemacht werden, ob ein längerer Aufenthalt in Deutschland schon gesichert erscheint.

Die Betreuer brauchen auch Informationen, welche Nachqualifizierungen zur Anpassung an die deutschen Anforderungen bei einem vergleichbaren Bildungsniveau in Betracht kommen; hinsichtlich der Schulbildung und der bereits vollendeten oder erst angefangenen Berufsausbildung. Sowohl Betreuer als auch Flüchtlinge sollen Informationen erhalten, welche Art von Weiterbildung in Betracht kommen könnte, um die Chancen auf dem deutschen oder globalen Arbeitsmarkt zu erhöhen. Dazu gehören nicht zuletzt der Erwerb und die Erweiterung der Kenntnisse der deutschen und englischen Sprache für das Alltagsleben und den Beruf. Dafür braucht es ein mehrsprachiges und allen zugängliches Internet-Angebot.

Flüchtlingen und ihren (ehrenamtlichen) Betreuern müssen am Ende der Bildungsstanderhebung durch ein Merkblatt und einen individualisierten Link der Einstieg in die Internetnutzung erleichtert werden; in allen größeren Betreuungseinrichtungen sind Bildungsberatungsstellen einzurichten, die unter Mitwirkung der KiTa-Träger, der staatlichen Schulämter, Kammern sowie der Akademischen Auslandsämter und Studienkollegs an den Hochschulen mögliche Bildungswege aufzeigen; in jeder Erstaufnahmeeinrichtung muss eine Möglichkeit geschaffen werden, um mit allgemein orientierenden Veranstaltungen und Sprachschulungen rasch zu beginnen und die oft langen Verfahrensdauern als Bildungszeit sinnvoll zu nutzen. Manche Flüchtlinge können auch Referenten sein.

Den Eltern von jungen Flüchtlingen sind unverzüglich Informationsveranstaltungen über das deutsche Bildungswesen in allen gewünschten Sprachen anzubieten. Dabei sind sie auf geeignete und im Bedarfsfall zu entwickelnde Internet-Informationsportale zu den Chancen von Migranten im deutschen Bildungswesen aufmerksam zu machen. Kinder sollten möglichst früh in kleinen Gruppen altersgerecht betreut und mit der deutschen Sprache vertraut gemacht werden.

Begegnungen mit gleichaltrigen deutschen Kindern in Sport und Spiel sind zu fördern. Auch der Besuch von bestehenden Kitas in der Nähe der Erstaufnahme-Einrichtungen ist für möglichst viele Kinder zu unterstützen, damit sie von gleichaltrigen Kindern deutscher Muttersprache nachahmend lernen können. Im schulpflichtigen Alter sind Flüchtlingskinder in vielen Bundesländern erst nach längerem Aufenthalt selbst schulpflichtig. Kinder sollten schon vor Beginn der Schulpflicht für Flüchtlinge das Recht haben, zur Schule zu gehen. Die Kosten öffentlicher und freier Träger hat die öffentliche Hand auch für eine nur kurzfristige Teilnahme am Unterricht einer Schule vollständig zu übernehmen. Bildung im Kindesalter ist jederzeit und überall ein Menschenrecht. Jugendliche, die eine duale Ausbildung oder eine Fachschule beginnen, müssen ein Aufenthaltsrecht für die Dauer ihrer Ausbildung sowie bei erfolgreichem Abschluss darüber hinaus erhalten, wenn sie vom Ausbildungsbetrieb übernommen werden oder innerhalb eines Vierteljahres einen der Ausbildung entsprechenden Arbeitsplatz finden.

DIE LINKE

Eine solidarische Einwanderungsgesellschaft braucht gleiche Rechte für alle. DIE LINKE steht an der Seite derer, die für Grundrechte, Bewegungsfreiheit und soziale Gerechtigkeit für ALLE eintreten. Wir streiten für sichere Fluchtwege und eine Gesellschaft, die Menschenrechte verwirklicht – statt Mauern zu bauen und Grundrechte der aktuellen Haushalts- und Stimmungslage anzupassen. Familiennachzug darf nicht behindert werden. Integration braucht eine soziale Infrastruktur, die nicht privaten Profitinteressen, sondern dem öffentlichen Bedarf verpflichtet ist. Wir wollen echte Integrationsangebote aus- und Bürokratie abbauen und die Möglichkeit, sich sozial, politisch und kulturell einzubringen. Dabei muss es einen wirksamen Schutz gegen Diskriminierung geben. Integration ist keine Bringschuld der Einzelnen. In einer demokratischen Gesellschaft schließt Integration das Recht auf unterschiedliche Lebensentwürfe mit ein. Wir wollen Fluchtursachen bekämpfen und sind gegen Krieg und Rüstungsexporte. DIE LINKE will die Ursachen von Flucht und Vertreibung bekämpfen und lehnt Abschiebungen ab. Insbesondere Abschiebungen in Kriegsgebiete wollen wir sofort stoppen.

SPD

Deutschland ist seit langem ein Einwanderungsland. Das verlangt eine umfassende Integrationspolitik. Dabei stellen wir uns einer doppelten Integrationsaufgabe: zum einen der Integration der Menschen, die einwandern oder zu uns fliehen. Und zum anderen der Aufgabe, den Zusammenhalt der ganzen Gesellschaft zu wahren.

Wir leben in einer vielfältigen Gesellschaft, die auf gemeinsamen Werten und Normen beruht. Grundlage für alle ist das Grundgesetz. Gleiche Chancen auf Teilhabe für alle ist unser Leitbild. Deshalb hat Staatsministerin Aydan Özoguz ein mehrjährigen Prozess in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, mit Vertreterinnen und Vertretern von MigrantInnenorganisationen, zivilgesellschaftlichen Initiativen und Religionsgemeinschaften sowie Expertinnen und Experten ein Leitbild für die Einwanderungsgesellschaft entwickelt.

Fluchtursachen wollen wir mit außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Initiativen bekämpfen. Es ist unser Ziel, zerfallende Staaten zu stabilisieren und Gewalt und Bürgerkriege einzudämmen. Wir setzen uns darum für eine neue Abrüstungsinitiative, den Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit, faire internationale Handelsbeziehungen und für die weltweite Achtung der Menschenrechte ein. Geflüchteten Menschen wollen wir frühzeitig dort helfen, wo sie sich zunächst in Sicherheit gebracht haben. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) benötigt dafür eine angemessene Ausstattung und kontinuierliche Finanzierung.

In der Flüchtlingspolitik sollen alle EU-Mitgliedsstaaten Verantwortung übernehmen. Wir wollen eine solidarische Verteilung der Aufgaben für Flüchtlingshilfe und eine einheitliche Entscheidungspraxis in der Europäischen Union. Wir akzeptieren nicht länger, dass sich einzelne Mitgliedstaaten dem gemeinsam beschlossenen europäischen Asylsystem verweigern. Wir werden es so weiter entwickeln, dass es den aktuellen Anforderungen gerecht wird.

Wir halten daran fest, dass Abschiebungen nicht in Länder erfolgen, in denen für die Menschen die unmittelbare Gefahr besteht, Opfer eines Krieges oder eines bewaffneten Konfliktes zu werden. Wir werden keine Menschen in Perspektivlosigkeit und Lebensgefahr abschieben. Da die Sicherheitslage in Afghanistan kein sicheres Leben zulässt, werden wir bis auf weiteres keine Abschiebungen nach Afghanistan durchführen. Außerdem werden wir eine Altfallregelung schaffen, sodass Menschen, die seit mindestens zwei Jahren in Deutschland leben, hier nicht straffällig geworden sind und Arbeit haben oder zur Schule gehen, nicht abgeschoben werden.

Familiennachzug und das Zusammenleben in der Familie tragen zu einer guten Integration bei. Deshalb werden wir die temporäre Aussetzung des Familiennachzugs nicht verlängern.

Das Forum fordert: Einbürgerung erleichtern

In Deutschland halten lange Voraufenthaltszeiten, langwierige Verfahrensdauern, zahlreiche gesetzliche Hürden, wie die Abgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit, sowie die Höhe der Gebühren die Menschen von einer Einbürgerung fern. Die Einbürgerungsmodalitäten müssen verbessert, die Höhe der Gebühren gesenkt und die Voraufenthaltszeiten gekürzt werden. Die Mehrstaatigkeit muss als Regel eingeführt werden und die Optionspflicht komplett abgeschafft werden. Wir fordern die Finanzierung von Einbürgerungskampagnen in Zusammenarbeit mit den Migrantinnenorganisationen. Für die erste Generation der sogenannten „Gastarbeiter“ bzw. „Vertragsarbeiter“ müssen Erleichterungen des Einbürgerungsverfahrens vorgenommen werden.

Bündnis 90/ Die GRÜNEN

Wir wollen, dass sich mehr Menschen unserer freiheitlichen und pluralen Gesellschaft zugehörig fühlen und sich für eine Einbürgerung entscheiden. Schließlich hängen viele Teilhaberechte am deutschen Pass. EinwanderInnen sollen schneller, einfacher und unbürokratischer Deutsche werden können. In dem Entwurf für ein grünes Einwanderungsgesetz machen wir daher konkrete Vorschläge zu Liberalisierung unseres Staatsbürgerschaftsrechts: Wir wollen Einbürgerungen erleichtern und beschleunigen. Wir wollen den derzeitigen Grundsatz im Staatsbürgerschaftsrecht über die Vermeidung von Mehrstaatigkeit aufgeben. Und schließlich wollen wir den Grundsatz des sog. *ius soli* deutlich ausweiten: Wer in Deutschland geboren wird, erhält einen deutschen Pass (vgl. BT-Drs. 18/11854 und 18/11136).

CDU/CSU

Wir stehen für eine klare Einbürgerungsperspektive für Einwanderer, die schon über Jahre bei uns leben, arbeiten und gut integriert sind. Wir wollen, dass diese Menschen die Möglichkeit nutzen, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen. Die dauerhafte doppelte Staatsbürgerschaft muss immer die Ausnahme bleiben. Sie soll künftig nicht mehr über viele Generationen weitervererbt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir bei Bürgern, die nicht aus der Europäischen Union stammen, einen Generationenschnitt einführen. Dieser Schnitt soll nach der Generation der in Deutschland geborenen Kinder erfolgen, die durch Geburt in Deutschland die deutsche Staatsbürgerschaft erworben haben. Hierzu streben wir den raschen Abschluss von Vereinbarungen mit den hauptbetroffenen Staaten an.

FDP

Wir Freie Demokraten fordern, dass ausländische Staatsangehörige schon nach vier statt bisher acht Jahren die Einbürgerung beantragen können. Natürlich müssen dabei anspruchsvolle Voraussetzungen erfüllt sein. Dazu zählen unter anderem ein unbefristetes Aufenthaltsrecht, gute Deutschkenntnisse, keine Abhängigkeit von Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld, ein klares Bekenntnis zum Grundgesetz sowie fehlende Straffälligkeit. Wir finden, dass die Aussicht auf die deutsche Staatsbürgerschaft Anreize schafft, sich schnell in die Gesellschaft zu integrieren. Sie kann außerdem dazu beitragen, Deutschland als Einwanderungsland für qualifizierte Fachkräfte attraktiver zu machen. Sofern die Bedingungen für eine Einbürgerung erfüllt sind, sollte der Staat diese daher nicht verzögern. Als FDP wollen wir ferner, dass die doppelte Staatsangehörigkeit grundsätzlich möglich ist.

DIE LINKE

Wir wollen die Einbürgerung generell erleichtern und mehrere Staatsangehörigkeiten zulassen. Alle hier geborenen Kinder und Jugendlichen sollen im Grundsatz die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten und ein Recht auf Mehrstaatigkeit haben – ohne die Staatsbürgerschaft der Eltern ablegen zu müssen.

SPD

Ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht ist eine wesentliche Voraussetzung für Integration. Wir setzen uns weiterhin für die Akzeptanz von Mehrstaatigkeit für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern sowie bei Einbürgerungen ein. Für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern haben wir die Optionspflicht abgeschafft. Wir stehen weiterhin zu dem Prinzip der Mehrstaatigkeit. Gilt dieses Prinzip in der Einbürgerungspraxis in Deutschland, wollen wir durch bilaterale Abkommen mit anderen Staaten die wechselseitige Akzeptanz stärken und prüfen, inwiefern der Vorschlag des Sachverständigenrates Deutscher Stiftungen für Integration und Migration für ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht umsetzbar ist.

Das Forum fordert: Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger einführen

Wir fordern die Einführung des Kommunalen Wahlrechts für niedergelassene Drittstaatsangehörige. Dieser Personenkreis wird in Deutschland nach wie vor vom Kommunalen Wahlrecht ausgeschlossen und damit schlechter gestellt in der Ausübung von politischen Rechten als EU-Bürger/-innen. Das Recht auf direkte politische Beteiligung auf kommunaler Ebene bedeutet demokratische Teilhabe und Mitwirkung bei der Gestaltung des unmittelbaren Lebensraums; niemand kann eine „Integrationsbereitschaft“ von den Menschen fordern, ohne direkte Partizipation zu ermöglichen.

Bündnis 90/ Die GRÜNEN

In einigen Städten stellen Drittstaatsangehörige mehr als ein Drittel der dauerhaften Einwohnerinnen und Einwohner. Sie dürfen dort aber nicht wählen. Das ist für eine Demokratie nicht hinnehmbar. Wir setzen uns dafür ein, dass Migrantinnen und Migranten aus Drittstaaten, die ihren ständigen Wohnsitz in Deutschland haben, ein kommunales Wahlrecht erhalten.

CDU/CSU

Wir freuen uns, wenn Menschen in Deutschland ihre Heimat und ihre Zukunft sehen, wenn sie die vollen Bürgerrechte und -pflichten und damit Verantwortung für unser Land übernehmen wollen. Die Einbürgerung steht für uns vor allem für die volle politische Teilhabe, auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene. Wir wollen, dass Menschen mit Einwanderungsgeschichte durch die Einbürgerung auf allen Ebenen politisch mitbestimmen können. Ein kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger lehnen wir daher ab.

FDP

Wir Freie Demokraten begrüßen, dass jemand, der seinen Lebensmittelpunkt seit fünf Jahren rechtmäßig in Deutschland hat, auch die Chance erhalten soll, das unmittelbare Lebensumfeld mitzugestalten. Wir Freie Demokraten haben aber auch verfassungsrechtliche Bedenken, das Wahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürger auf kommunaler Ebene einzuführen. Das Bundesverfassungsgericht hat 1990 das Wahlrecht an die deutsche oder die EU-Staatsbürgerschaft geknüpft. Es bedarf einer bundespolitischen Prüfung, inwiefern das Kommunalwahlrecht auf Nicht-EU-Ausländer ausgeweitet wird.

DIE LINKE

Wer hier lebt, soll hier wählen! Wir wollen ein Wahlrecht für dauerhaft in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, damit sie gleichberechtigt die Gesellschaft mitgestalten können.

SPD

Wir begrüßen diesen Beschluss. Wir setzen uns ebenfalls für die Ausweitung des Wahlrechts für dauerhaft ansässige Drittstaatsangehörige auf kommunaler Ebene ein.

Das Forum fordert: Integrationsprogramme des Bundes verbessern

Die Ausgestaltung der Integrationsmaßnahmen, die seitens des Bundes gefördert werden, muss verbessert werden. Bezüglich der Sprachkurse soll eine umfassende Strategie geschaffen werden, bei der die verschiedenen Maßnahmen der Sprachförderung aufeinander abgestimmt werden, von der Schule bis in die berufliche Sprachförderung. Vor allem muss aber garantiert werden, dass die Teilnehmenden sich in den Kursen wiederfinden, das heißt, dass die verschiedenen Lebensphasen und Situationen sowie die individuellen Lernfähigkeiten und Bildungserfahrungen berücksichtigt werden.

Gleichzeitig müssen die verschiedenen Beratungsangebote besser aufeinander abgestimmt werden. Insbesondere die Zusammenarbeit zwischen den Migrationsberatungsstellen und den Beratungsstellen der Jobcenter muss verbessert werden. Im Bereich der Integrationsprojekte müssen eine breitere Finanzierung der Projekte, eine Erhöhung der zur Verfügung stehenden Mittel sowie ausreichende Kapazitäten in der Verwaltung für die Abwicklung der Projekte sichergestellt werden. Diese Integrationsprojekte sind geeignete Maßnahmen, um die Begegnung vor Ort zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu sichern. Die Teilhabe der Migrantinnenorganisationen an den Fördermitteln muss durch geeignete Instrumente sichergestellt bzw. erhöht werden.

Bündnis 90/ Die GRÜNEN

Wir werden zum einen für eine verbesserte – qualitativ hochwertige – Sprachförderung sorgen, die das Ziel einer zeitnahen Eingliederung in den Arbeitsmarkt verfolgt. Zudem sollen alle Asylsuchenden Zugang zu Sprach- und Integrationskursen erhalten, vom ersten Tag an. Im Hinblick auf die Existenz und Koordination von Integrationsangeboten herrscht ein großes Durcheinander: Das Innenministerium finanziert die Migrationsberatung für erwachsene Einwanderinnen und Einwanderer (MBE), deren Beschäftigte seit Jahren chronisch überarbeitet sind und die durch immer weitere Fallzahlen und Leistungsanforderungen zusätzlich belastet werden. Der Aufgabe der MBE ist es u. a., Teilnehmende der Integrationskurse zu beraten und die lokale Vernetzung von örtlichen Akteuren der Integrationsarbeit zu fördern. Gleichzeitig legt das Bundesministerium für Bildung und Forschung ein Programm für die „Bildungskoordinatoren für Neuzuwanderer in Landkreisen und kreisfreien Städten“ auf. Und die Bundesagentur für Arbeit seinerseits fördert den Aufbau kommunaler Integrationsanlaufstellen. Jedes Bundesministerium agiert für sich – ohne kohärente Steuerung. Das wollen wir ändern, u. a. durch die Bildung eines eigenständigen Einwanderungs- und Integrationsministeriums, in dem alle migrations-, flüchtlings-, integrations- und staatsangehörigkeitsrechtlichen Abteilungen zusammengefasst werden.

CDU/CSU

Wir wollen, dass möglichst alle, die mit Bleibeperspektive neu nach Deutschland kommen, baldmöglichst ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft bestreiten können. Dazu sind das Erlernen der deutschen Sprache und die Bereitschaft zu beruflicher Bildung unerlässlich. Die unionsgeführte Bundesregierung hat daher in dieser Legislaturperiode die gesamte Sprachförderung integrierter gestaltet. Allgemeine und berufsbezogene Sprachförderung sind nun miteinander verzahnt. Über den Integrationskurs wird das Sprachlevel bis zum Niveau B1 erlernt, im Anschluss kann die berufsbezogene Sprachförderung bis zum Niveau C2 besucht werden.

Darüber hinaus werden u.a. berufsbegleitende Kurse in Teilzeit sowie Spezialmodule für einzelne Berufsgruppen und die Kombination von Sprachkursen mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen angeboten. Wir werden das Ehrenamt auf allen Ebenen stärken und fördern, denn sein Beitrag ist unersetzlich. Wir wollen ehrenamtlich Tätige und Vereine von Bürokratie entlasten und durch Beratungsangebote unterstützen. Die Errichtung einer Ehrenamts-Service-Agentur oder einer Ehrenamtsstiftung kann dazu beitragen. Zum bürgerschaftlichen Engagement in unserem Land gehören auch die Migrantenselbstorganisationen (MSO), die ganz selbstverständlich tagtäglich eine wichtige Arbeit im Integrationsprozess leisten und als Brückenbauer fungieren.

Gleiches gilt auch für die neuen deutschen Organisationen. Die Stärke der MSO liegt darin, dass sie Familien mit Einwanderungsgeschichte häufig besser als andere Institutionen und etablierten Bildungsträger erreichen, denn sie sind oft die ersten Anlaufstellen. So auch in der Aufnahme der Flüchtlinge in den letzten Jahren. Insgesamt wollen wir die Vernetzung der MSO sowie der neuen deutschen Organisationen weiter fördern. Das Ehrenamt soll auch mit verlässlichen Projekten zur Integrationsarbeit gestärkt werden.

FDP

Wir Freie Demokraten wollen, dass Deutschland ein Einwanderungsgesetz und endlich auch ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht aus einem Guss bekommt – so wie andere erfolgreiche Einwanderungsländer auch. Die bestehenden Herausforderungen in der Integration bestärken uns in dieser Überzeugung. Viel zu lange haben Konservative genauso wie die politische Linke die Notwendigkeit verbindlicher Integration ignoriert. Konservative wollten keine verbindliche Integration, weil sie nicht anerkannt haben, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Linke verweigerten Integration, weil sie in dem naiven Glauben verharrten, jeder Einwanderer sei per se eine Bereicherung und Integration gelinge von allein. Beides war eine gravierende Fehleinschätzung. Wir Freie Demokraten treten für verbindliche Integration ein, mit dem Ziel, dass Einwanderer zu Verfassungspatrioten werden und sich mit unserer offenen Gesellschaft identifizieren.

Neben den schon in Punkt zwei angesprochenen Förder- und Weiterbildungsprogrammen, sowie der schnellen Anerkennung ausländischer Abschlüsse geht es darum, grade für junge Menschen Perspektiven zu schaffen. Daher fordern wir ein sofortiges Teilnahmerecht für Flüchtlinge am Unterricht. In manchen Bundesländern beginnt mit dem Aufenthalt auch die Schulpflicht. In anderen Ländern haben Flüchtlingskinder dagegen erst beim Verlassen der Erstaufnahmeeinrichtungen ein Recht auf Unterrichtsbesuch. Dabei ist Bildung der wichtigste Grundstein zur Integration. Deshalb fordern wir ein sofortiges Teilnahmerecht am Unterricht in ganz Deutschland, auch wenn die Aufenthaltsdauer unklar oder nur kurz ist. Ferner wollen wir Menschen unterschiedlicher Herkunft und mit unterschiedlichen Anlagen (Menschen mit körperlicher und geistiger Behinderung und Menschen mit Migrationshintergrund) bei Sport und Spiel zueinander finden lassen. Dabei fördern wir die herausragende Arbeit der Sportvereine und der Fachverbände.

DIE LINKE

Migrantinnen, Migranten und Geflüchtete müssen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus frühzeitig Zugang zu Integrations- und Sprachkursen erhalten. Wir wollen niedrigschwellige Angebote, insbesondere für Migrantinnen und geflüchtete Frauen ausbauen. Lehrkräfte müssen entsprechend ihrer Aufgabe und Qualifikation besser bezahlt werden und Sprachkurse in ausreichender Form zur Verfügung gestellt werden. Wir wollen 300 000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze im Bereich öffentlich geförderter Beschäftigung für Langzeiterwerbslose und Geflüchtete schaffen. Der Bund muss dabei die Kommunen entlasten und mindestens 50 Prozent der Kosten für die Integration von Geflüchteten übernehmen (inklusive der Gesundheitsversorgung).

DIE LINKE will eine aktive Antidiskriminierungspolitik. In Verwaltung und Wirtschaft sollen Migrantinnen und Migranten gefördert werden. Von Diskriminierung betroffene Menschen müssen aber nicht nur geschützt werden – zugleich ist es notwendig ihre (Selbst-) Organisationen finanziell und politisch zu stärken. Wir wollen zivilgesellschaftliche Gruppen stärken, die sich für mehr Demokratie und gegen Rassismus und Antisemitismus engagieren, wie selbstverwaltete Beratungsstellen und Selbstorganisationen von Flüchtlingen, Migrantenorganisationen und Flüchtlingsräte. Wir wollen die gesamte Kinder- und Jugendhilfe stärken und die Mittel für antirassistische Fan-Initiativen und Initiativen gegen Rechtsextremismus erhöhen und nachhaltig festschreiben.

SPD

Integrationskurse sollen besser auf Zielgruppen ausgerichtet werden. Sie sollen außerdem grundsätzlich allen Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sowie Geduldeten offenstehen, sofern nicht von vornherein klar ist, dass sie nicht in Deutschland bleiben. Wir wollen die Integrationskurse und die berufsbezogene Sprachförderung besser mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wie der Berufsorientierung, der Ausbildung und der Beschäftigung in Betrieben verbinden. Wir wollen besonders auch Frauen und Mütter aus Einwanderungsfamilien erreichen. Denn sie sind entscheidend für die gelingende Integration der ganzen Familie.

Anerkannte Asylbewerberinnen und Asylbewerber wollen wir noch schneller integrieren. Wir werden die verpflichtenden und berufsqualifizierenden Sprachkursangebote ausbauen, genauso wie Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsangebote. Wir erwarten, dass diese Angebote auch wahrgenommen werden. Wir wollen sicherstellen, dass insbesondere Frauen nicht durch fehlende Kinderbetreuung daran gehindert werden.

Ein zentrales Element bei der Anerkennung von Studien- und Berufsabschlüssen und Nachqualifizierung ist die Verzahnung von Kompetenzfeststellung und Arbeitsmarktintegration. Jedem und jeder soll eine Kompetenzfeststellung ermöglicht werden. Die Kosten für Anerkennungsverfahren werden wir sozialverträglich gestalten und einen Rechtsanspruch auf Beratung zu Anerkennungsverfahren festschreiben.

Wir haben dafür gesorgt, dass Schutzsuchende, die sich in einer dualen Ausbildung befinden, diese unabhängig vom Ausgang ihres Asylverfahrens beenden und sich danach auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt bewerben können (3+2-Regelung). Wir werden dafür sorgen, dass diese auch für Ausbildungsbetriebe wichtige Regelung mit Leben erfüllt wird. Darüber hinaus prüfen wir eine analoge Regelung für aktiv Studierende.

Das Forum fordert: Aufstockung der Mittel für die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Diskriminierung

Nicht zuletzt haben die Pannen bei der Aufklärung der rassistisch motivierten Morde der terroristischen Gruppe NSU aufgezeigt, dass in Deutschland in puncto Bekämpfung von Rechtsextremismus und Diskriminierung immer noch viel nachgeholt werden muss. Zum einem ist damit die Bekämpfung und gegebenenfalls das Verbot von extremistischen Gruppen und Parteien gemeint und zum anderen muss die Aufklärungs- und Präventionsarbeit in der Gesellschaft verstärkt und dauerhaft vorangetrieben werden. Hierfür reichen die vorhandenen Mittel und Strategien nicht aus. Wir fordern die politischen Parteien dazu auf, sich gegen Ausgrenzung und Diskriminierung auszusprechen. Geeignete Aufklärungsprojekte müssen initiiert werden. Beides muss in gleichberechtigter Kooperation mit Migrantinnenorganisationen erfolgen.

Bündnis 90/Die GRÜNEN:

Wir zeigen klare Kante gegen menschenfeindliche Propaganda, rechte Gewalt und Rechtsterrorismus. Wir stellen uns auch dem Rechtspopulismus entgegen, denn er begünstigt und fördert menschenfeindliche Tendenzen. Jede Form von Gewalt muss mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden. Um zu verhindern, dass junge Menschen nicht in menschenverachtende und Gewalt verherrlichende Ideologien abgleiten, wollen wir die Aufklärungs- und Präventionsarbeit ausbauen und die Zivilgesellschaft unterstützen. Beim Bundesamt für Verfassungsschutz wollen wir eine Zäsur. Die Morde der NSU haben gezeigt, dass die Verfassungsschutzämter gegenüber dem Rechtsterrorismus versagt haben.

Mit zahlreichen Initiativen setzen wir uns im Bundestag ein für eine Bekämpfung rechter Ideologie und Gewalt sowie die lückenlose Aufarbeitung des Terrors der NSU. Wir setzen dabei auf einen Vorrang guter Polizeiarbeit gegenüber Geheimdiensttätigkeit. Die Gefahr, die zum Beispiel durch radikale „Reichsbürger“ ausgeht, hat gezeigt: Das Waffenrecht muss schärfer gefasst werden. Hasspropaganda schürt ein Klima der Gewalt. Es kann nicht sein, dass sich im Internet tummelnde HasstäterInnen nur im absoluten Ausnahmefall ermittelt werden. Niemand darf sich sicher dabei fühlen, wenn er andere menschenverachtend beleidigt, zur Gewalt aufruft und Menschen bedroht.

Der Kampf gegen Diskriminierung ist ein weiterer wichtiger Schwerpunkt unserer Politik. Deshalb haben wir 10 Jahre nach Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes eine grundlegende Reform vorgeschlagen (Bundestagsdrucksache 18/9055). Danach soll der Rechtsschutz für Betroffene gestärkt und insbesondere ein echtes Verbandsklagerecht eingeführt werden. Die finanzielle Förderung und Unterstützung von zivilgesellschaftlicher Arbeit gegen alle Arten von Diskriminierungen wollen wir ausbauen. Gleichwohl fordern wir mehr Unterstützung für ehrenamtliche Tätigkeiten. Erforderlich sind angemessene Aufwandsentschädigungen, persönliche Auslagen müssen ersetzt werden. Formen der Würdigung, Wertschätzung und Erleichterung des Engagements wollen wir ausbauen. Dazu gehören die Übernahme von Haftpflicht- und Unfallversicherung, Qualifizierung und (möglichst zertifizierte) Weiterbildungsmöglichkeiten, Nachweise für Lebensläufe, aber auch Auszeichnungen wie Ehrenamtsnadeln und die JugendleiterIn-Card.

CDU/CSU

Unsere Demokratie ist wehrhaft, unser Rechtsstaat ist stark. Wir treten jeder Form von Extremismus entschieden entgegen – ob Linksextremisten, Rechtsextremisten oder gewaltbereite Islamisten. Der Kampf gegen Rechtsextremisten ist eine dauerhafte gemeinsame Aufgabe von Staat und Gesellschaft. In Deutschland darf kein Platz für Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Ausländerhass, Intoleranz oder Diskriminierung sein. Rechtsextremisten bekämpfen wir mit einem starken Staat: Dazu gehören u. a. Vereinsverbote und eine konsequente Strafverfolgung, aber auch präventive Maßnahmen. Deshalb wollen wir die Präventionsarbeit weiter stärken. Damit entziehen wir dem Extremismus den Nährboden. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn Staat und Gesellschaft gemeinsam an einem Strang ziehen. Wir wollen, dass erfolgreiche Ansätze nachhaltig umgesetzt und Aussteigerprogramme für Extremisten ausgeweitet werden. Rechtsextremisten bekämpfen wir mit einem starken Staat. Dazu gehören u. a. spezifische Präventionsprogramme, Bildungsangebote, Vereinsverbote und eine konsequente Strafverfolgung. Angriffe auf diejenigen, die vor Gewalt, Terror und Verfolgung in unser Land geflohen sind, nehmen wir nicht hin. Ebenso wenig werden wir Krawalle, Brandanschläge und gezielte Angriffe von Linksextremisten auf unsere Polizisten dulden. Wir wollen verhindern, dass Chaoten und Gewalttäter unser Versammlungsrecht missbrauchen.

FDP

Rechtsextremismus muss weiterhin bekämpft werden. Die Unterstützung des Bundes durch verschiedene Präventionsprogramme ist wichtig. Wir Freie Demokraten wollen vor allem die Finanzierung der Bundeszentrale für politische Bildung ebenso sichern wie Programme des Bundes gegen Rechtsextremismus. Auch in der beruflichen Bildung sind Demokratie und Diversity Management zu thematisieren. Denn beste Bildung umfasst neben der Wissens- und Methodenvermittlung auch Erziehung zu den Werten, die unsere Gesellschaft zusammenhalten: Freiheit, Demokratie und Mitmenschlichkeit, Toleranz gegenüber Minderheiten und Offenheit für die Vielfalt der Gesellschaft. Nur so kann in einer vielfältiger werdenden Gesellschaft Konflikten und Gewalt entgegengewirkt werden. Wir als FDP fordern zudem Haushaltspriorität für Polizei und Justiz. Für diese beiden klassischen Hoheitsaufgaben des Staates muss deutlich mehr Geld zur Verfügung stehen - damit bekämpfen wir auch nachhaltig Rechtsextremismus.

DIE LINKE

DIE LINKE will eine aktive Antidiskriminierungspolitik. In Verwaltung und Wirtschaft sollen Migrantinnen und Migranten gefördert werden. Von Diskriminierung betroffene Menschen müssen aber nicht nur geschützt werden – zugleich ist es notwendig ihre (Selbst-) Organisationen finanziell und politisch zu stärken. Wir wollen zivilgesellschaftliche Gruppen stärken, die sich für mehr Demokratie und gegen Rassismus und Antisemitismus engagieren, wie selbstverwaltete Beratungsstellen und Selbstorganisationen von Flüchtlingen, Migrant*innenorganisationen und Flüchtlingsräte. Wir wollen die gesamte Kinder- und Jugendhilfe stärken und die Mittel für antirassistische Fan-Initiativen und Initiativen gegen Rechtsextremismus erhöhen und nachhaltig festschreiben.

SPD

Angriffe auf unsere freie Gesellschaft drohen auch von Nationalisten: Rechtsextremistische Übergriffe und Anschläge haben in den letzten Jahren bedrohlich zugenommen. Damit wird Angst und Schrecken verbreitet bei den bedrohten Menschengruppen. Auch von rechtsextremistischen Gruppen und Einzelpersonen geht eine terroristische Gefahr aus, der wir entschlossen begegnen werden. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen seit über 150 Jahren für Toleranz und gegen Rassismus, Rechtsextremismus, Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit.

Eine wichtige Erkenntnis aus dem NSU-Verfahren ist, dass Sicherheitsbehörden besonders sensibel auf antisemitische, rassistische und sonstige menschenverachtende Einstellungen in den eigenen Reihen reagieren müssen. Das gilt auch für die Bundeswehr. Wir werden sie dabei mit geeigneten Programmen unterstützen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund in Zukunft besser erfasst und statistisch ausgewertet werden. Die im Aufenthaltsgesetz vorgesehenen Regelungen für Opfer von Straftaten müssen eingehalten werden, damit sie zu ihrem Recht kommen und Straftäterinnen und Straftäter für ihre Taten verurteilt werden können.

Neben der konsequenten Strafverfolgung wollen wir auch die Präventionsarbeit ausweiten. Bereits in den vergangenen Jahren haben wir die Mittel im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ mehr als verdreifacht. Diesen Weg der Vorbeugung führen wir fort. Zu einer umfassenden Strategie gegen gewaltbereite Rechtsextremisten gehört Deradikalisierung. Darum werden wir mit einem Gesetz zur Demokratieförderung und Extremismusprävention die Strukturen der Präventionsarbeit langfristig sichern. Darüber hinaus werden wir die Empfehlungen des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus aufgreifen und in der Präventionsarbeit umsetzen.

Das Forum fordert: Migrantenorganisationen beteiligen

Eine Teilhabepolitik kann nur mit der Beteiligung der Migrantenorganisationen erfolgreich sein; sie sind wichtige Akteure in allen politischen Bereichen, daher müssen Migrantenorganisationen bei der Erhebung der Bedarfe, bei der Ausgestaltung von Förderprogrammen und politischen Maßnahmen als Experten eingebunden werden. Wenn das langfristige Ziel, Migrantenorganisationen als Kooperationspartner vor Ort für andere Akteure der Integrationsarbeit zu stärken, erreicht werden soll, bedarf es zudem der besseren Ausstattung dieser Organisationen. Auf Bundesebene gibt es bereits erste Schritte in diese Richtung, die allerdings noch langfristig gesichert und finanziert werden müssen.

Bündnis 90/Die GRÜNE

*Wir wissen, welche Kraft und welches Potential darin liegt, wenn Migrant*innen und Flüchtlinge aktiv werden und ihre Interessen selbst wahrnehmen. Das wollen wir gezielt fördern. Migrantenselbstorganisationen (MSO) spielen hier eine vorbildliche und unverzichtbare Rolle. Seit vielen Jahren begleiten und unterstützen wir die Förderung und die Bemühungen zur Qualifizierung und Professionalisierung aller o. g. MSOs. Das betrifft insbesondere auch das Anliegen einer dauerhaften und verlässlichen finanziellen Förderung durch den Bund.*

CDU/CSU

Zum Bürgerschaftlichen Engagement in unserem Land gehören auch die Migrantenselbstorganisationen (MSO), die ganz selbstverständlich tagtäglich eine wichtige Arbeit im Integrationsprozess leisten und als Brückenbauer fungieren. Gleiches gilt auch für die neuen deutschen Organisationen. Die Stärke der MSO liegt darin, dass sie Familien mit Einwanderungsgeschichte häufig besser als andere Institutionen und etablierten Bildungsträger erreichen, denn sie sind oft die ersten Anlaufstellen. So auch in der Aufnahme der Flüchtlinge in den letzten Jahren. Insgesamt wollen wir die Vernetzung der MSO sowie der neuen deutschen Organisationen weiter fördern. Das Ehrenamt soll auch mit verlässlichen Projekten zur Integrationsarbeit gestärkt werden.

DIE LINKE

Von Diskriminierung betroffene Menschen müssen aber nicht nur geschützt werden – zugleich ist es notwendig ihre (Selbst-) Organisationen finanziell und politisch zu stärken. Wir wollen zivilgesellschaftliche Gruppen stärken, die sich für mehr Demokratie und gegen Rassismus und Antisemitismus engagieren, wie selbstverwaltete Beratungsstellen und Selbstorganisationen von Flüchtlingen, Migrantenorganisationen und Flüchtlingsräte.

FDP

Politik lebt nicht nur vom Austausch mit Experten und Gremien, sondern auch mit Bürgern und der organisierten Zivilgemeinschaft. Wir Freie Demokraten begrüßen daher einen politischen Austausch, sowie eine Beteiligung an der politischen Willensbildung durch und mit Migrantenorganisationen.

SPD

Unser kulturelles Leben ist einzigartig. Ebenso wie unsere Zivilgesellschaft mit ihren vielen unterschiedlichen Vereinen, Verbänden und Initiativen, den Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und Religionsgemeinschaften, in denen sich Millionen Menschen ehrenamtlich engagieren. Teilhabe heißt für uns auch Beteiligung am politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben. Auch an zivilgesellschaftlichen Engagementmöglichkeiten und an politischen Entscheidungsprozessen!

Wir wollen, dass eine Deutsche Engagementstiftung unter Einbeziehung von Vertreterinnen und Vertretern aus Kultur, Bildung, Freier Wohlfahrtspflege und Rettungs- und Hilfsdiensten gegründet wird. Über die Stiftung kann die Zivilgesellschaft, darunter Vereine, Kirchen und Nichtregierungsorganisationen, über den Einsatz der Mittel für die strukturelle Förderung des Engagements mitentscheiden. Wir wollen ein Gemeinnützigkeitsrecht, das den Anforderungen an zivilgesellschaftliche Organisationen Rechnung trägt. Daher werden wir gesellschaftspolitisch bedeutsame Bereiche in den Katalog gemeinnütziger Zwecke aufnehmen.

Wir sollen mehr über die Auswirkungen von Ein- und Auswanderungen auf den gesellschaftlichen Wandel erfahren. Dafür sind wissenschaftsbasierte Analysen notwendig. Wir haben uns erfolgreich für eine nachhaltige, institutionelle Stärkung der Migrations- und Integrationsforschung und eine bessere Vernetzung der Forschenden eingesetzt und wollen dies noch weiter vorantreiben.

Besuchen Sie auch die Seite
des Paritätischen Gesamtverbandes
zur Bundestagswahl: wahlhilfe.paritaet.org



Impressum

Herausgeber:

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V.
Oranienburger Str. 13-14 | D-10178 Berlin

Tel: +49 (0) 30 - 24 63 6-0 | Telefax +49 (0) 30 - 24 63 6-110

E-Mail: info@paritaet.org | Internet: www.paritaet.org

Verantwortlicher im Sinne des Presserecht: Dr. Ulrich Schneider

Redaktion: Sergio Andrés Cortés Núñez, Der Paritätische Gesamtverband

Gestaltung: Christine Maier, Der Paritätische Gesamtverband

Titelbild: © Dmitry Sokolov – Fotolia.com

August 2017



Oranienburger Str. 13-14
10178 Berlin
Tel. 030-2 46 36-0
Fax 030-2 46 36-110

www.paritaet.org
info@paritaet.org